

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der G. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 155.

Montag den 7. Juli 1930.

88. Jahrgang.

Deutschland

Schweidnitz, 6. Juli. Im Prozeß gegen 14 Nationalsozialisten, die wegen Veranlassungspregung, zum Teil in Zusammenhang mit Körperverletzung, angeklagt waren, wurde am Samstag das Urteil gefällt. Von den Angeklagten wurde nur einer freigesprochen. Die übrigen erhielten Gefängnisstrafen von drei Tagen bis zu fünf Monaten.

Der Reichsfangler an die Stadt Kehl.

Kehl, 6. Juli. Reichsfangler Dr. Brüning hat an die Stadtvorwaltung Kehl folgendes Telegramm geschickt: Für den mit von der erhebenden Stunde der Befreiung von fremden Fesseln überlieferten Treuegenuß und für ehrenvolles Gedenken der leider allzujähr dahingegangenen Reichsminister Rathenau und Stresemann aufrichtigen Dank. Deutsche Treue am Rhein hat den so heiß ersehnten Freudentag erkämpft. Hierfür Dank und Glückwunsch der Reichsregierung auszusprechen, ist mir eine hohe Freude. Möge dem freien Kehl in der ungehinderten Wiedervereinigung mit dem großen deutschen Vaterland eine glückliche und blühende Zukunft beschieden sein.

Landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

In seinem Vortrag bei der Stuttgarter Hauptversammlung am Donnerstag vormittag führte Reichsminister a. D. Dr. Dierkes über Aufgaben und Stellung der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften im Rahmen der landwirtschaftlichen Berufsvertretung aus: Die Tatsache, daß die staatliche Wirtschaftspolitik den Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft härter Rechnung trägt als früher, legt den deutschen Landwirten die Pflicht auf, ihre eigenen Kräfte zur Überwindung der Krise aufs äußerste anzusetzen. Die Verantwortung der Genossenschaften in dieser Stunde ist riesengroß. Erst in den Nachkriegsjahren haben die Abgabestruken vordringliche Bedeutung erlangt. Jetzt müssen die Genossenschaften sich ihnen mit härtestem Nachdruck widmen. Eine ausgleichende bescheidene Wirtschaftspolitik muß helfen. Die Anpassung an die veränderten Verhältnisse muß Erzeugung, Absatz und Verwertung gleichermaßen umfassen. Auf dem Gebiete des Absatzens behält die Genossenschaft eine führende Stellung. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften müssen sich ihren neuen Weg selbst suchen. Was das Ausland in jahrelanger mühevoller Arbeit aufgebaut hat, kann nicht über Nacht aus dem Boden gestampft werden und paßt auch nicht in allem für unsere Verhältnisse. Nur eine starke zentrale Spitze und starke angeschlossene Organisationen verbürgen ein modisches Organ höherer genossenschaftlicher Aktivität. Auf dem Gebiete des Absatzes ist eine starke genossenschaftliche Erfassung der wichtigsten Erzeugnisse und eine wesentliche Steigerung der Qualitätserzeugung das Ziel. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Handel ist notwendig; die Genossenschaften müssen ihre Stellung auf dem Markt aber vertiefen, wenn sie ihre Mission erfüllen wollen. Der Reichsoberband ist bereits auf den verschiedenen Gebieten initiativ vorgegangen. Seine Fachabteilungen erheben Generalpläne für jedes Einzelgebiet. Marktberührung und Marktbeobachtung sind von entscheidender Bedeutung. Der Ausbau der Absatzorganisationen rückt die Möglichkeit enger Zusammenarbeit zwischen Konsumvereinen und Genossenschaften in die Nähe. Von besonderer Bedeutung ist der Ausbau des genossenschaftlichen Geld- und Kreditgeschäftes, dessen Möglichkeiten zurzeit sehr eingeschränkt sind. Großen Wert legen wir auf die Pflege der Zusammenarbeit mit den landw. Genossenschaften des Auslands. Die internationale Mitharbeit kann erfolgreich und dauerhaft nur dann sein, wenn sie in den Grundlagen anderer nationaler Wirtschaft fest verankert bleibt. Unter einzigem, aber starkem Aktivismus bei dem Ausbau des genossenschaftlichen Hauses ist der Glaube und das Vertrauen zu unserem Volk.

Als zweiter Hauptredner des Tages sprach Generalanwalt Regierungsrat Gennés-Berlin über die landwirtschaftlichen Genossenschaften 1929-1930. Am 1. Januar 1930 waren 10 886 landwirtschaftliche Genossenschaften vorhanden, von denen 10 729 oder 89,5 v. H. mit rund 4 Millionen Mitgliedern in Landwirtschaftsverband zusammengeschlossen sind. Die guten Beziehungen der landw. Genossenschaften zu den zentralen Genossenschaftsverbänden des Gewerbes und der Verbraucher zeigen sich in der erfolgreichen Tätigkeit des freien Ausschusses der Deutschen Genossenschaftsverbände. Nach Einzelheiten über die genossenschaftliche Rechtsprechung und Gesetzgebung, sowie genossenschaftliche Steuerfragen behandelte der Redner das genossenschaftliche Geldgeschäft, welches von der Notlage der Landwirtschaft im härtesten Maße mitbetroffen wird. Die Einlagen der dem Einheitsverband angeschlossenen Genossenschaften betragen Ende 1929 zwar rund 180 Millionen RM, betragen, es haben aber nur ein sehr bescheidener Teil aus rein landwirtschaftlichen Kreisen. Gegen ihren lokalen Wettbewerb zwischen landw. Genossenschaften und öffentlichen Sparkassen ist nicht das Recht einzuwenden. Die behördliche Unterstützung der landw. Sparkassen muß aber in ihrer Weise zum Teil als unzulänglich bezeichnet werden. Auch über die Expansionsfähigkeit der Sparkassen haben sich die Klagen angedeutet, die sich geltend machen. In manchen Fällen handelt es sich dabei um eine Überbewertung des Apparats in Geldgeschäften, die den Nationalsozialistenbestrebungen der Wirtschaft widerspricht. Bei der Errichtung des Einheitsverbandes ging es darum, dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in seiner Gesamtheit die bestmögliche Stütze zu geben und es zum maßgebenden Faktor der landw. Selbsthilfe in Deutschland zu machen. Inzwischen sind sämtliche Fachauschüsse in Aktion getreten, auch der Ausschuss für das genossenschaftliche Kreditwesen. Ueber die Errichtung eines reibungslosen Zusammenarbeitens zwischen dem landwirtschaftlichen Geldgeschäft und dem öffentlichen Geldgeschäft wird in der nächsten Verhandlung berichtet. Um das Nebeneinander

auf dem Gebiete der Eierverwertung zu vermeiden, ist die Angliederung des Reichsausschusses für Geflügel- und Eierverwertung an den Einheitsverband in die Wege geleitet worden. Die Zahl der erfassten Eier ist stark im Zunehmen begriffen. Zum Schluß erklärte der Redner, daß die Fortführung ertragsreicher genossenschaftlicher Arbeit im weitestesten davon abhängen werde, ob sich auch in Zukunft Männer und Frauen finden werden, welche zur Überwindung des in heutiger Zeit vorherrschenden Materialismus an den Sieg der genossenschaftlichen Idee glauben. Die Wahl des Reichs, in dem der Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag 1931 gehalten werden soll, fiel auf Kottbus. Die Tagung findet in Zettin statt.

Die zweite öffentliche Hauptversammlung am Freitag vormittag wurde von dem Präsidenten des Reichsoberbandes, Reichsminister a. D. Dr. Dierkes, geleitet. Zahlreiche Gäste waren wiederum zugegen. Darunter Ministerialrat Dr. Springer vom Wirtschaftsministerium, Präsident Körner und Direktor Dr. Ströbel von der Württ. Landwirtschaftskammer. Im Anschluß an die Ausführungen des Generalanwalts Gennés wurde die Finanzfrage nochmals kurz behandelt durch Vizepräsident Feldmann-Bonn, der darauf verwies, daß die Genossenschaften in ihrer Finanzpolitik dem Gesetz von Angebot und Nachfrage und dem innerhalb dieses Gesetzes wirkenden Wettbewerb um die Einlagen unterliegen. Solange noch Prozentzinsgebühren neu ausgedeutet werden und solange noch Prozentzinsgebühren im Umlauf sind, wird man den Zinsfuß für Sparanlagen jeder Art nicht wesentlich unter die in den Sparkassen zum Ausdruck kommende Rente herabdrücken können. Auch die Banken und Sparkassen üben mit ihren Einlagenansprüchen noch und geben unter der Hand noch höhere Zinsen als diejenigen, die sie veröffentlichen. Die Sparkassen haben im übrigen bisher in der Praxis nicht gezeigt, daß sie ihre ganze Macht für die Ermäßigung des Zinsfußes einbringen. Die landlichen Kreditgenossenschaften sind sich bewußt, daß es möglich ist, mit allen Kräften auf eine Senkung der Einlagenzinsen hinzuwirken. Sie weisen aber die Beschuldigung zurück, daß sie die Zinsstreber seien; sie erklären vielmehr, so schließt der Redner, daß sie, soweit ihre Kräfte reichen, an einer Ermäßigung der Zinsätze immer mitwirken werden.

Ablehnung der sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen Fried und Marschler.

Weimar, 5. Juli. Nach mehrstündiger überaus heftiger Debatte, in deren Verlauf es mehrfach zu Körnigen kam, wurden am Mittwoch die sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen Fried und Staatsrat Marschler in namenhafter Abstimmung abgelehnt. Für die Mißtrauensanträge stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten und die Demokraten. Die Deutsche Volkspartei enthielt sich der Stimme. Die verfassungsmäßige Zahl von 27 Stimmen zur Annahme der Anträge wurde nicht erreicht.

Es trifft in Thüringen!

Weimar, 5. Juli. Nach hitziger Aussprache fanden im Thüringer Landtag am Freitagabend sozialdemokratische Mißtrauensanträge gegen die nationalsozialistische Regierungsmitglieder Minister Dr. Fried und Staatsrat Marschler mit 25 gegen 22 Stimmen Annahme. Da sich die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei geschlossen der Stimme enthielt, nach der thüringischen Verfassung ist aber für den Rücktritt eines Ministers die Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenzahl — 27 Stimmen — erforderlich. Da die Linksopposition nur 25 Stimmen vereinigen konnte, sind also die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Rücktritt des Staatsministers Dr. Fried nicht erfüllt. Die Nationalsozialisten dürften demnach aus der Abstimmung keine Folgerungen ziehen.

Ein neuer Schritt Wirts in Weimar.

Berlin, 5. Juli. Der Reichsminister des Innern hat an die thüringische Staatsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem um Auskunft über die Stellungnahme der Landesregierung zu den Äußerungen ihres Mitgliedes, Staatsrats Marschler, in einer nationalsozialistischen Versammlung in Aue erfragt wird. Marschler beschäftigte sich in der betreffenden Versammlung mit der Sperrung der Polizeigewalt durch das Reich und erklärte, daß die thüringische Regierung angesichts dieser Sperrung gezwungen werden könnte, eine Verbandsdemission aufzustellen.

Berlin, 1. Juli. Der russische Volkskommissar für das Ausland, Litwinoff, hat an den deutschen Reichsaussenminister Dr. Curtius zur Rheinlanddrängung folgendes Telegramm geschickt: Namens der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bitte ich Sie, Herr Minister, meine Glückwünsche anlässlich der Räumung des durch fremde Truppen besetzten Teiles des deutschen Gebietes und der Wiederherstellung der deutschen Hoheitsrechte entgegenzunehmen und der deutschen Reichsregierung zu übermitteln. Die Regierung der Sowjetunion, die am 13. Januar 1923 vor der ganzen Welt gegen die Verletzung des deutschen Gebietes Protest erhoben hat, begrüßt mit besonderer Befriedigung die Befreiung des Rheinlandes. Minister Dr. Curtius hat darauf folgendes Danktelegramm an Litwinoff geschickt: Ich bitte Sie, Herr Volkskommissar, den Dank der Reichsregierung für die Glückwünsche entgegenzunehmen, die Sie im Namen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken anlässlich der Räumung der besetzten Gebiete ausgesprochen haben. Die Reichsregierung hat die warme Anteilnahme der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken an diesem historischen Ereignis mit Genugtuung begrüßt. Von unterrichteter Seite wird hinzugefügt, daß die über den Telegrammwechsel vermittelte Meldung eines Berliner Rechtsblattes, die von einer diskreten Abmilderung des russischen Telegramms

durch den deutschen Außenminister gesprochen hat, nicht das Richtige trifft. Sie hat von dem russischen Telegramm nur den zweiten Absatz wiedergegeben. In diesem Satz spricht der russische Volkskommissar davon, daß Rußland feinerzeit gegen die Verletzung am 13. Januar 1923 protestiert habe. Bei diesem Protest handelte es sich aber um die Verletzung des Ruhrgebietes, die nichts mit der Verletzung des Rheinlandes zu tun hatte, sondern eine ganz eigene Aktion bedeutete. Darum hatte der Reichsaussenminister des Rußland auch seinen Antrag, auf diesen Satz des Telegramms in seiner Antwort einzugehen. Uebrigens sind eine ganze Reihe von Glückwünschen noch von anderen Regierungen eingegangen, so z. B. von Österreich, Ungarn und Mexiko.

Gesamtkündigung der oberösterreichischen Montan-Industrie.

Breslau, 4. Juli. Nach eingehenden Verhandlungen mit den Gewerkschaften hat der Arbeitgeberverband der oberösterreichischen Montanindustrie in Anbetracht der Tatsache, daß gerade die oberösterreichische Industrie infolge der hohen Selbstkosten die Eisenpreiserhöhung ohne anderweitige Erleichterung noch weniger tragen kann als die westfälische Industrie und daher zu einer Entlastung der Lohnkonten und einer Verringerung der Selbstkosten gezwungen ist, beschlossen, der Gesamtbelegschaft zu kündigen. Diese Kündigung, die lediglich eine Neuregelung der Akkorddienste und iberarbeitslichen Zulagen bezweckt, wird mit 14 Tagen befristet und gilt zum 19. Juli. In der Zeit werden Verhandlungen über eine Neuregelung der Verdienste stattfinden. Der Arbeitgeberverband bemerkt hierzu u. a.: Dieses Vorgehen der Eisenindustrie müßte, falls die Verhandlungen wirkungslos bleiben sollen, nur den Anfang darstellen für eine allgemeine Revision der Preise auch in anderen Industrien und vor allem im Lebensmittelgewerbe.

Wieder polnische Flugzeuge über deutschem Gebiet.

Wie die „Königsberger Hartungische Zeitung“ meldet, überflogen Freitag nachmittag zwischen 5 und 5:30 Uhr sechs polnische Flugzeuge deutsches Gebiet. Die Maschinen haben kurz über Zerteggen-Babbeln im Kreise Goldap, wo sie das Gebäude des Landjägers überflogen, über Badlinden, weiter über Gollubien, den Adlersfelder Flugplatz überflogen und dann nach ab nach der polnischen Grenze. Obwohl die Flugzeuge in beträchtlicher Höhe flogen, konnten die Abzeichen mit dem Feldzeichen unzweifelhaft als polnische erkannt werden. Wie aus Deutsch-Golau gemeldet wird, überflog am Mittwoch und Donnerstag früh ein polnisches Flugzeug Deutsch-Golau. Es vollführte mehrere Schleifen über dem Stadtdachhof und den Aeseren und verließ dann in Richtung Deutsch-Rodzanne.

Königsberg, 5. Juli. Nach behördlichen Feststellungen hat es sich bei den polnischen Flugzeugen, die am Mittwoch und Donnerstag Deutsch-Golau überflogen, um polnische Verkehrsflugzeuge gehandelt. Die über das Erscheinen polnischer Militärflugzeuge über den Kreis Goldap verbreiteten Meldungen sind nach den behördlichen Feststellungen zutreffend.

Ausland.

Moskau, 5. Juli. Die Zentralkommission der kommunistischen Partei hat ein Strafverfahren gegen den ehemaligen Vorsitzenden der kommunistischen Internationale, Bukharin, eingeleitet. Bukharin soll in mehreren Fällen gegen die Verleumdung verstoßen und damit die Partei gefährdet haben.

Gegen die französische Schulpropaganda.

Zaarbrücken, 5. Juli. Im Landesrat wurde bei der Aussprache über den Haushaltsplan der Regierungskommission scharfe Kritik an dem weiteren Verbleiben der Bahntruppenteile im Saargebiet und an der französischen Schulpolitik im Saargebiet geübt. Der Regierungskommission sei bekannt, daß von den französischen Schulen ein unerbittlicher Druck auf die Bergleute und deren Frauen ausgeübt werde. Besonders sei die Propaganda eines Lehrers der französischen Schule, des Luxemburgers Winger, hervorzuheben. Winger behauptete, daß die französische Regierung, die Regierungskommission im Saargebiet und die Grubenverwaltung hinter ihm stehe. Wegen die Bergleute wird mit offenen Drohungen vorgegangen. Entweder müssen sie ihre Kinder in die französische Schule schicken oder sie müssen ihre Werkwohnungen verlassen. Auch würden diejenigen, die ihre Kinder zur französischen Schule schickten, von der allgemeinen Entlassung im Bergbaubetrieb verstoßen werden. Der Zentrumsabgeordnete, Schulrat Martin, richtete an die Regierungskommission die Anfrage, ob sie gewillt sei, diesen Methoden ein Ende zu machen. Die Saarbevölkerung erwarte von der Regierungskommission, daß sie mit dieser unwürdigen französischen Schulpropaganda Schluss mache. Die Antwort war nichtssagend und brachte keinerlei Aufklärung.

Abgelegte Fronleichnamprozession in Return.

Am Vorabend des Fronleichnamfestes kam der italienische Schuldirektor zu Barver Köhler-Naturus und ordnete an, daß die Schulkinder bei der Prozession italienisch zu beten hätten und daß die Statue des hl. Aloisius, die stets von Schulkindern getragen wird, von den Mitspielern der Pallia getragen werden müsse. Der Barver verwies darauf, daß die Fronleichnamprozession eine rein kirchliche Feiertag sei, eine kirchliche Anordnung nicht erfolgt wäre und daß er sich daher nicht veranlaßt sähe, diese Anordnung durchzuführen. Als aber der Schuldirektor auf seinen Maßnahmen bestand, sagte der Barver, um Weiterungen zu vermeiden, die Prozession überhaupt ab. Es ist dies der nämliche Barver Köhler, der unlängst vom Schwurgerichte in Verona wegen Mangel an jedweder strafbaren Handlung freigesprochen worden war. Eine Italienerin hatte damals zwei Kinder verletzt, den Karabinier zu melden, daß der Barver beim Religionsunterricht die Kinder

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeitzeile über deren Raum 25 J., Reklame-Zeile 60 J., Rubrik-Anzeigen 100 Proq. Zahlung, Offerte und Auslieferung 20 J. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmeverfahrens hinwiegend wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

beibringt sich
zeigt sich ein
wird von
bedrängt
zwischen
andlungen zur
Wirtschafts-
atten bei der
ten bei Groß-
ndholzmärkten
halten bei dem
Einfluss fast
den gebieten
Konkur:
fluorangeschäft
dingen a. D.
einen Kalkül
ler und Co.
idermeister in
Mar Elfen
efitronischer
lingen; Fried-
lung in Lub-
olen; Derm.
n. — Ver-
rechnung für
lingen; Gegen
EM. Vudutzg-
des
Dasser
el
rudel
meralwasser-
Ernst Höll,
Carl Frank,
t, Arnbach.
b ürg.
immer-
nung
freier sonniger
bürg oder in
-Kat Hürin.
mi-
thläuche
qualität.
hfabrik
& Hummel
neubürg a. Enz.
fleißiger
unge
Zahren gesucht
in der „Enz-
stelle.



hinans aber ist angekündigt worden — zunächst für sorglich — daß ab 1. August an Stelle der ständigen Arbeitsmode die ständige eingeleitet wird. Das bedeutet natürlich eine Verringerung des Gehaltes. Der Auftragsseingang hat sich verzögert, er ist auch heute noch nicht sehr groß. Die Heinrich-Kanz-A.G. beschäftigt heute 2250 Arbeiter und Beurlaubte und etwa 700 Angestellte. Auch in anderen Mannheimer industriellen Unternehmen, bei den Streichwerken, bei der Südb. Drahtindustrie und bei Vöpp u. Neutber sollen Entlassungen vorzusehen sein bzw. die Kurzarbeit ausgedehnt werden.

Die Tat eines Deutschen in schwerer Zeit.

Kehl, 1. Juli. Viele wußten in den letzten Tagen von Enttarnungen und Vorformissen während der Besatzungszeit zu berichten und nicht immer waren es erfreuliche Erlebnisse oder edle Taten, von denen sie erzählten. Am 1. Juli 1923 aber rettete der Gattin „Zum Hüffel“, Max Hladt, ein ebener Offizier des 60. Pionierbataillons Nr. 14, zwei französische Soldaten vom Tode des Ertrinkens. Die „Waldische Presse“ berichtete in jenen Tagen: „14 bis 15 französische Soldaten waren mit Fahr- und Ausrüstungsgegenständen oberhalb des Lehnungsplatzes „Schloßjodelstau“ im großen Rhein beschäftigt. Nach Beendigung der Lehnung gelang es sämtlichen Angehörigen bis auf eines, ihre Ausrüstung zu retten und vom großen in den kleinen Rhein zu fahren. Auch das Rettungsboot hatte sich bereits entfernt. Dem zurückgebliebenen Bonten, das etwa 20 bis 30 Meter vom badischen Ufer entfernt war, gelang es ausnehmend sehr schwer, seinen Anker zu heben. Wahrscheinlich zufolge falscher Steuerung schlug das Boot, das mit einem Korporal und vier Mann besetzt war, um und versank. Der Korporal und ein Mann konnten sich retten, während zwei Soldaten sich an ein Auber klammerten und in die Mitte des Stromes abgetrieben wurden. Der Korporal rannnte hilflos am Ufer hin und her, während die beiden am Auber hängenden jämmerlich um Hilfe schrien. Da der Korporal sich nicht ansah, seinen Kameraden zu Hilfe zu kommen, sprang Herr Hladt, der in einiger Entfernung von der Unglücksstelle stand, in den Rhein und schwamm den beiden Soldaten, die bereits 50—60 Meter vom Ufer vorbetrieben, nach und brachte sie, die schon reichlich Wasser geschluckt hatten, unter Aufbietung aller seiner Kräfte ans Ufer. Vor Freude über die erfolgte Rettung fielen die beiden Soldaten ihrem Lebensretter um den Hals und küßten ihn. Man erst sprach der Korporal dem Herrn dem vierten Soldaten nach und schwamm, als er auf dessen Höhe gekommen war, auf ihn zu, ohne ihm jedoch beistehen zu können. Nachdem man dem Soldaten ein Zell zugeworfen hatte, konnte er weit unterhalb der Unfallstelle noch lebend an Land gezogen werden. Da der Rhein damals einen sehr hohen und gefährlichen Wasserstand hatte, so ist die edle und opfermütige Tat des Herrn Hladt in einer Zeit, in der die französische Militärverwaltung in schärfer Weise die Bewohner des besetzten Gebietes drangsalierte und Deutsche zum Tode verurteilte, vom menschlichen Standpunkt aus umso anerkannterwert.“ Am Tage nach dieser heldenmütigen Tat empfing Herr Hladt den Besuch eines Majors der französischen Garnison in Straßburg, sowie des Delegierten der Rheinlandoberkommission, Oberleutnant Rey, die ihm ihre Anerkennung zeigten. Hladt wurde aufgefordert, einen Bericht zu liefern, den man ihm erfüllen würde. Und da wünscht sich dieser tapfere, uneigennütige Mann Begründung für die beiden, während des Kampfes zum Tode verurteilten Deutschen! Auf Anraten des damaligen Generals der Besatzungstruppen reichte Hladt ein Gesuch ein, das befürwortet an die zuständige Stelle weitergeleitet wurde. Die heldenmütige Tat dieses Deutschen konnte auch ihre Wirkung nicht verhehlen: Die beiden Verurteilten wurden zu Juugangsarbeit „begnadigt“. Die Londoner „Times“ brachte den Bescheid dann die völlige Freiheit. Einer von den Sieben dankte nach seiner Freilassung seinem Retter, nur einer ... Herr Hladt verdient in diesen Tagen besonders genannt und um seiner edlen Tat willen gewürdigt zu werden, denn nicht selten, wenn Menschen bei er das Leben gerettet.

Bermischtes.

Ein unheimlicher Hund. Wie aus Weilheim (in den Bergen) berichtet wird, trief der Landwirt Georg Häder in Wiedenbach bei der Arbeit im Moos, als sein Sohn Streu von einem dem Winter über gelagerten Haufen wogeholte, auf eine große Menge Wattern. Die Schlangen fielen ihm zischend und wischend an, so daß er alle Kraft aufbieten mußte, um mit seiner Gabel sich der Giftern zu erwehren. Vater und Sohn, sowie ein in der Nähe arbeitender Landwirt konnten sich schließlich nicht mehr anders helfen, als daß sie den Haufen Streu anzündeten. Häder schätzt die Zahl der umgekommenen Schlangen auf mindestens 100 große und über 100 kleinere.

Tragödie im Wanderzirkus. In einem Wanderzirkus, der jetzt in Osnabrück in Polen spielt, traten seit zwei Monaten unter dem Namen „Die fliegenden Sterne“ drei Schwestern Bojko aus Neudölln am fliegenden Trapez auf. Die drei hübschen Mädchen wurden viel umschwärmt; sie lebten jedoch mit ihrer Kunst. Der 25 Jahre alte „Veleudter“ Ferdinand Kortes, ebenfalls ein Deutscher, verfolgte die älteste der Schwestern mit seinen Liebesanträgen. Obwohl das Mädchen ihm verächtlich in nicht mißzuverstehender Weise abweis, gab er keine Aufgebungen nicht auf. Am Mittwoch, als die Künstlerinnen sich in ihrer Garderobe zur Probe umkleiden, sprang Kortes, der sich in der Garderobe versteckt hatte, hervor. Durch die Unvorsichtigkeit aufs höchste empört, verweigerten die Mädchen dem Veleudter eine gebührende Tracht Prügel und warfen ihn hinaus. Auf die Beschwerde der drei Künstlerinnen wurde dem Mann gefündigt. Kortes, der am 1. Juli seine Stelle verlassen sollte, beschloß, sich an den Mädchen zu rächen. Am Montag, als niemand an den Zirkus anwesend war, schloß er die drei Trapez an die Starkstromleitung an. Als die drei Mädchen am Abend bei ihrer Schlafnummer angelangt waren — sie arbeiteten in der Kuppel des Zirkus ohne Netz — schaltete der Rachegeistige plötzlich die Starkstromleitung ein. Mit einem marktschreierischen Schrei hürzten die drei Künstlerinnen in die Ränge hinaus, wo sie mit abgetrochnem Gesicht tot liegen blieben. Bei der furchtbaren Panik, die unter den Zirkusbesuchern und den Künstlerpersonal entbrach, achtete niemand auf den Urheber des Verbrechen, dem es infolgedessen gelang, den Zirkus unbeschadet zu verlassen. Rachebot irte er bis zum anderen Tage im Walde umher, dann jagte er sich eine Kugel in den Kopf und schloß mit dem Leben seine furchtbare Schuld, die er auf sich genommen hatte.

Neueste Nachrichten.

Darmstadt, 6. Juli. Im Elisabeth-Städt-Krankenhaus erkrankten am Samstag von Puding etwa 50 Personen, Patienten und Hausangestellte. Bisher sind drei Todesfälle zu verzeichnen. Der weitest große Teil der Erkrankten befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die Ursache der Infektion ist noch nicht restlos aufgeklärt. Alle Vorichtsmaßnahmen sind getroffen, um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhüten.

Köln, 6. Juli. Von den heute morgen in Trier gestarteten 50 Teilnehmern am Rheinlandbefreiungsflug sind 49, die in Düsseldorf zur letzten Etappe aufgeflogen waren, hier eingetroffen. Damit hat der Rheinlandflug sein Ende gefunden.

Berlin, 7. Juli. Vor der heute beginnenden Beratung der Deckungsfrage im Reichstag treten die meisten Fraktionen nach einmal zusammen; auch jolche Rongler und Fraktionsführer finden noch Besprechungen statt. In parlamentarischen Kreisen rechnet man damit, daß die Deckungsfrage bis Freitag auch in den Ausschüssen durchberaten ist.

Berlin, 7. Juli. Wie der „Montagmorgen“ aus Düsseldorf meldet, soll der angeblühete Düsseldorf-Wassennäher Kürten einen Teil seiner früheren Geschäftnisse widerrufen haben. Kürten will nicht mehr der „Düsseldorfer Wassennäher“ sein und klagt jetzt auch die zahlreichen sonstigen Geschäftnisse, die er zunächst nach seiner Verhaftung auf sich genommen hat. Die Untersuchung gegen Kürten ist infolgedessen auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. Ihr Ergebnis ist noch völlig unbestimmt, da, dem Blatt zufolge, für die Täterhaft Peter Kürten in den einzelnen Düsseldorf-Verbrechen über seine eigenen Geschäftnisse hinaus bisher Beweise noch nicht erbracht werden konnten.

Berlin, 6. Juli. Die Revisionsverhandlung gegen Oberbürgermeister Böhm findet vor dem II. Senat des Obergerichtes statt, jedoch voraussichtlich erst im Herbst. Es kann infolgedessen ausgeschlossen gelten, daß Berlin noch im Jahre 1930 einen neuen Oberbürgermeister bekommt.

Danzig, 6. Juli. Am Samstag brach aus bisher noch unbekannter Ursache in der Großschifferei der Parkettfabrik Behrendt in Dantsch-Losch ein Brand aus, der mit großer Schnelligkeit um sich griff. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit auf das große Fabrikgebäude, das vollständig niederbrannte. Vorher den großen Holz- und Parkettbeständen waren größere Vorräte in Brand geraten, was eine riesige schwarze Rauchentwicklung zur Folge hatte. Das Feuer griff nach etwa einer Stunde auch auf die daneben liegende Schokoladenfabrik Ballo über, in der sich auch noch das Lager einer Kartonnagenfabrik befindet. Auch diese Fabrik, sowie ein daneben liegendes Bürtenhaus fanden bald in hellen Flammen. Die Feuerwehre mußte sich darauf beschränken, die durch die Hitze gefährdeten Nachbargebäude, Fabriken und Siedlungshäuser zu schützen. Der Schaden der Firma Behrendt beläuft sich auf etwa 800000 Danziger Gulden. Vier Feuerwehrleute haben sich leicht verletzt oder hatten leichtere Rauchergiftungen erlitten.

Danzig, 6. Juli. In einer hiesigen Gastwirtschaft gerieten in der Nacht vom Samstag auf Sonntag drei Matrosen den englischen Kriegsschiffes „Centaur“ und zwei Danziger Arbeiter in Streit, der sich auf der Straße fortsetzte und schließlich in eine Messerschere ausartete. Die beiden Arbeiter stachen auf die Matrosen ein und verletzte sie schwer. Zwei von ihnen schweben in Lebensgefahr. Dieser Vorfall hat hier dringliches Aufsehen hervorgerufen.

Jara, 6. Juli. Das italienische Motorschiff „Francesco Morosini“, das sich auf der Fahrt von Jara nach Soolato befand, blieb in der vergangenen Nacht in der Meerenge von Pasman mit dem holländischen Dampfer „Portogeweg“ zusammen, der schwer beschädigt wurde. Die 400 Passagiere wurden von dem italienischen Schiff übernommen und nach Jara gebracht. Vier Personen wurden bei dem Zusammenstoß getötet, 17 schwerer Verletzte mußten nach der Landung sofort ins Krankenhaus gebracht werden.

London, 6. Juli. „Sunday Victoria“ will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß die englische Regierung die Absicht habe, Gondoli aus der Holt zu entlassen, um ihn zur Teilnahme an der Konferenz England und Indien nach London einladen zu können.

Moskau, 6. Juli. Die Stellungnahme der Sowjetunion zur Paneuropä-Denkmalfrage Brlands wird voraussichtlich in einer öffentlichen Erklärung erfolgen, die allen Großmächten zugehen soll. Sowjetland steht dem Plan Brlands vollkommen ablehnend gegenüber. Ein Paneuropäblock, gegen Rußland und gegen die Vereinigten Staaten gerichtet, könne keine politische Entspannung bringen.

Newyork, 6. Juli. Die Frier des amerikanischen Unabhängigkeitstages forderte wie alljährlich zahlreiche Opfer, obgleich die übliche Jubiläumsschließung durch die Wirtschaftskrise in diesem Jahr noch gemildert war. Insgesamt fanden im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten über 200 Personen durch die Explosion von Feuerwerkskörpern, durch Autounfälle und beim Baden den Tod. Die Zahl der Verletzten beträgt mehrere Tausend. In Newyork allein zählte man 20 Todesopfer.

Newyork, 6. Juli. In der Stadt Emmet im Staate Alabama ereigneten sich ernste Zusammenstöße zwischen der weißen und schwarzen Bevölkerung, in deren Verlauf bisher sechs Personen getötet wurden. Die Streitigkeiten begannen im Laden eines Wehens. Es entspann sich eine Schlägerei, wobei ein Wehler niedergeschossen wurde. Drei Neger schickten in ihr Wohnhaus, das der Böbel sofort umstellte und an mehreren Stellen anzündete. Die Neger verbrannten das lebendige Wehler. Ein vierter Neger wurde dann von der Menge ergriffen, fortgeschleppt und an einem Baum aufgehängt. Es sind Staatstruppen angefordert, um die Ordnung wieder herzustellen.

Rheinlandbefreiungsfeier des Württ. Bunds für Grenz- und Heimatschutz.

Stuttgart, 6. Juli. Der Württ. Bund für Grenz- und Heimatschutz veranstaltete am Sonntag vormittag zusammen mit dem Verein der Rheinländer, dem Verein der Rheinpfälzer und der Württ. Sauervereine eine „Grenze-Feier“ im Ostbay-Siegels-Domus aus Anlaß der Räumung der Rheinlande. Als Gäste waren anwesend Landesfinanzamtspräsident Weiser für die Reichsbehörden, Ministerialrat Cloy für die Landesbehörden, ferner Staatspräsident a. D. Dr. v. Hieber, Generalleutnant a. D. Erz. v. Maur, der bayr. Gesandte Dr. Tschier, Generalkonsul Dr. Wanner vom Auslandsinstitut, Ministerialdirektor a. D. Dr. Götz, Frau Landtagsabg. Mm, die Staatsräte Bürgermeister a. D. Krüger und Prof. a. D. Weidner. Nach der Begrüßung des 1. Vorsitzenden Dr. med. Gottschall hielt in Vertretung des bei der Einweihung eines Streifensdenkmals in Mainz abgeleiteten Staatssekretärs im Reichsministerium der besetzten Gebiete, Sämid, Obergerichtspräsident Prof. Dr. Nahlmann vom Reichsministerium der besetzten Gebiete die Danksprache, in der er betonte, daß die Rheinlandräumung ein Vorgang von epochenmachender Bedeutung sei, weil es die Aufgabe der machtpolitischen Ziele Frankreichs bedeute. Aber über dem Rhein schwebt der Rind der Entmilitarisierung. Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß die Lage durchaus noch nicht geklärt sei, daß alles von der Entwicklung der Außenpolitik abhängt. Deutschland solle die außenpolitische Option so lange wie möglich hinausschieben und gegen die unwürdige Einrichtung der entmilitarisierten Zone ankämpfen. Diese soll entweder beiderseitig gemacht werden oder ausfallen. Die Feier war von Gesangsvorträgen des Stuttgarter Viedlerfranzos umrahmt. Am Nachmittag fand in der Silberburg ein Sommerfest statt.

Wirtschaftsminister Dr. Meier zerpflegt das Gutachten des Reichsfinanzkommissars.

Maulbronn, 6. Juli. Am 5. Juli fand hier eine Versammlung der deutschen demokratischen Partei statt, bei der Wirtschaftsminister Dr. Meier vor einem großen Zuhörerkreis sprach. Er befaßte sich u. a. mit dem Gutachten des Reichsfinanzkommissars, wobei er nur seine persönliche Ansicht wiederholte. Das Gutachten des Reichsfinanzkommissars hat in der Öffentlichkeit einen nachdrücklichen Widerhall im Sinne eines wirklichen Willens zur Reform nicht gefunden. Der positive Wert der Arbeit liegt in der Anregung der Vereinfachung des Instanzensystems und insbesondere in der kritischen Hervorhebung zahlreicher Einzelheiten, die unumstößlich, zeitveränderlicher sind und die vereinfacht werden können. Was die sog.

Oberamtsaufteilung anlangt, so hat uns das Gutachten praktisch keinen Schritt vorwärts gebracht. Im Gegenteil, die politischen Schwierigkeiten sind dadurch, daß rund 40 Oberamtsbezirke auf den Ausßerbezirk gelegt sind, stark gemindert. Der politische Widerstand, der von allen Kreisen der betroffenen Oberämter auf sämtliche Parteien einschließlich der Oppositionsparteien sich auswirkt, ist so zusammengefaßt, daß auch die sog. „Kleine Reform“ durchaus in Frage gestellt ist. Die Teile des Gutachtens, die sich mit der Neueinteilung des Landes befassen, enthalten sachlich die stärksten Angriffspunkte. Viele der neuen Verwaltungsbezirke sind ganz unglücklich angeordnet. Unschlüssig ist z. B. das neue Oberamt Tübingen mit Kottbus und Dorn; Tübingen protestantisch, Dorn und Kottbus katholisch, letzteres Sitz des Bistums. Es ist auf Empfindsamkeiten keine Rücksicht genommen, die man ohne schädliche Folgen für den ganzen Staat nicht übersehen darf. Ueberwiegend ist aber auch die räumliche Gliederung unrichtig. Für Württemberg und den nördlichen Landesteil sind unmögliche Lösungen vorgeschlagen. Feuerbach, vor den Toren Stuttgarts liegend, soll nach Weingarten kommen. Crailsheim, das ein Eisenbahnknotenpunkt und dadurch ein Verkehrs- und Verwaltungszentrum ist, wird nach Weingarten „eingemeindet“, obwohl es kein Hinterland hat und im äußersten nördlichen Zipfel des Landes gelegen ist. Ein Schlag ins Gesicht gegen den Nationalisierungsgedanken ist die Verteilung der Gemeinden des mittleren und unteren Neckars, die heute schon alle nach der Landeshaushalt tendieren, die aber nach Baden und Ostland geleitet werden. Einzigtartig unnatürlich ist es, daß zum neuen Oberamt Tübingen Dörfer auf der Albhochfläche gehören sollen. Die Aufzählung solcher Kuriosa läßt sich beliebig vermehren. Das Gutachten brüt selbst auf dem Standpunkt, daß es als Ganzes anzufassen sei und nur als Ganzes Geltung haben könne. Tatsächlich kommt, wenn man einen Stein aus dem Stein herausnimmt, der ganze Stein ins Wanken. In Bezug auf die Neueinteilung hat Teile unbrauchbar und daraus ergibt sich die zwingende Schlussfolgerung, daß in dieser Beziehung das Gutachten nicht als praktisch brauchbare Lösung anzusehen ist. Zudem ist eine Garantie, daß wirklich Ergebnisse erzielt werden, keineswegs gegeben. Am Anfang der Vereinfachung stehen vielmehr große Ausgaben! Sehr bedenklich muß die Bemerkung stimmen, daß Württemberg verfüge über so gute Finanzen, daß es auf sofortiges Eintreten der Einsparungen nicht angewiesen sei. Die Behörden der großen Verwaltungsbezirke müssen selbstverständlich großzügiger und repräsentativer aufgezogen werden und man muß befürchten, daß dies mehr kostet als die bisher sehr einfach, schlicht und sparsam verwalteten Oberamtsbezirke. Immer größere Zweifel müssen geltend gemacht werden in der Richtung, ob es richtig sei, die kleinen Oberamtsbezirke, die eben doch wirtschaftliche und kulturelle Zentren sind, in Dörfern zu degradieren. Die Landflucht, die nicht wünschenswerte steigende Konzentrationen in der Großstadt tritt als ganz wichtiges, innerpolitisches Problem in den Vordergrund. Man muß starke Anklammerungspunkte auf dem Lande erhalten und nicht zerstören. Wo durch Fluchtvereinigungen Oberamtsbezirke aufgelöst sind, muß unbedingt für eine Entscheidung gesorgt werden, die sich in mehrfacher Form denken läßt. Zum Schluß betonte der Minister, daß die demokratische Landtagsfraktion bereit sei, zusammen mit den übrigen Parteien des Landtags in diesem Sinne die Frage zu fördern und einer gerechten Lösung zuzustimmen.

Grundsteinlegung zum Streifensdenkmal in Mainz.

Mainz, 6. Juli. Unter starker Beteiligung der Bevölkerung fand heute nachmittag am Fildtorplatz die feierliche Grundsteinlegung zum Streifensdenkmal statt. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. den Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Frhr. Langewert von Simmern, und als Vertreter der Familie Streifensmann Wolfgang Streifensmann. Um 12 Uhr wurde die Feier nach dem niederländischen Brauch eröffnet. Sodann ergriff der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, das Wort zu einer groß angelegten Rede, in der er die Verdienste Dr. Streifensmanns um die Rheinlandräumung würdigte. Nach einer weiteren Ansprache des Oberbürgermeisters von Mainz, Dr. Küly, erfolgten unter feierlichen Worten die Dankschläge auf den Grundstein, der mit einer Fülle von Blumen und Kränzen geschmückt war.

Schüsse bei einer Separatisten-Verfolgung.

Wiesbaden, 6. Juli. In dem Vorort Giesenheim kam es am Samstag zwischen Demonstranten und einem früheren Separatisten zu einer Schießerei. Zahlreiche Personen zogen vor das Haus eines gewissen Kunz, der während des passiven Widerstandes in engen Beziehungen zu den Franzosen gehalten haben soll und bewarfen es mit Steinen. Kunz und seine Söhne erwiderten das Steinbombardement mit scharfen Schüssen. Auch die Feuerwehre und die Schutzpolizei wurden mit Feuer empfangen. Als diese ebenfalls schossen, ergab sich Kunz. Durch die Schüsse wurden 6 Personen verletzt. Nur mit Mühe gelang es, Kunz und seine Söhne vor der Kondamni zu schützen. Bei der Durchsuchung des Hauses wurde eine größere Anzahl Schusswaffen und Munition gefunden.

„Graf Zeppelin“ in Köln.

Köln, 6. Juli. „Graf Zeppelin“ ist heute früh um 7 Uhr in dem Kölner Flughafen Eywellerhof glatt gelandet. Nach einem Aufenthalt von 22 Minuten ließ das Luftschiff zum Rheinlandbefreiungsflug auf und verschwand nach einer kurzen Schleifenfahrt über der Stadt in westlicher Richtung.

Köln, 6. Juli. Nach freiem Antrag Kundung über dem Rheinland erschien um 5.30 Uhr nachmittags „Graf Zeppelin“ von Norden kommend wieder auf dem Flughafen Eywellerhof und landete 10 Minuten später glatt. Anzum waren die Dankschläge gefallen, erschien von Düsseldorf kommend der andere Luftreise, das Flugzeug D 200, das den großen Bruder umkreiste. Die Führer und Passagiere des „Graf Zeppelin“ wurden von Vertretern der Behörde und der Presse begrüßt. Der Kölner Verein für Luftfahrt ließ Dr. Echner und den drei Kapitänen einen silbernen Pokal und drei silberne Becher als Erinnerungsgabe überreichen. Kurz vor 6 Uhr trat „Graf Zeppelin“ die Rückfahrt nach Friedrichshafen an. Inzwischen war das Flugzeug D 200 gelandet, in das sich ummehre die Vertreter der Behörden begaben, um einen kleinen Kundung zu unternehmen.

Friedrichshafen, 6. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ war um 2.08 Uhr auf dem Wertgelände glatt gelandet. Tropen größte Dunkelheit herrschte, konnte die Landung ohne Verwendung von Halteketten vor sich gehen.

Das Saarland will beim zum Reich.

Trier, 5. Juli. Im Rahmen der Trierer Befreiungsgrundgebung trat heute in Trier die 10. Tagung des Bundes der Saarvereine unter dem Protektorat des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Reichsminister a. D. Dr. Faupel, und einem Ehrenauschuss, welchem der Regierungspräsident Dr. Sassen, der Landeshaushaltmann Dr. Dorn, Oberbürgermeister Dr. Weip-Trier und Oberbürgermeister Dr. Keil-Saarbrücken angehören, zusammen. Vor der geschäftlichen Sitzung fand im engeren Arbeitsausfluß für die Bundestagung eine Besprechung statt. Es lag u. a. der Geschäftsbericht des Leiters der



Geschäftliche Saar-Verein. Verwaltungsdirektor Theodor Vogel-Berlin, vor dessen politischem Tode zu entnehmen ist, daß das letzte Arbeitsjahr ganz unter dem Einfluß der Rückgliederungsverhandlungen über das Saargebiet stand. Wie im Saargebiet selbst die politischen und wirtschaftlichen Organe und im Reich, Preußen und Bayern, die zuständigen Stellen mit der sachlichen Beratung für die erstrebte und erwartete Rückgliederung beauftragt waren, so haben sich auch der Bund der Saarvereine und die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in der Dauerarbeit mit den Fragen beschäftigt, die auf die Rückgliederung Bezug haben. Vor allem galt es, die Frage zu klären, wie sich die Verhältnisse im Saargebiet gestalten müssen in wirtschaftlicher, steuer- und sozialpolitischer Hinsicht, wenn durch die Pariser Saarverhandlungen auch für das Saargebiet in absehbarer Zeit die Befreiungsstände schlagen würde. Leider haben sich durch den bisherigen Verlauf dieser Verhandlungen die Aussichten für eine baldige Rückgliederung des Saargebietes nicht günstig gestaltet, da Frankreich Forderungen erhebt, die sowohl dem Willen der Bevölkerung, der wirtschaftlichen Entwicklung des Saargebietes und den Souveränitätsrechten des Reiches und der Länder entgegenstehen. Mit Bedauern mußte festgestellt werden, daß in Frankreich offenbar jene Kräfte in Politik und Wirtschaft noch immer die Oberhand haben, die sich das Saargebiet sowohl als wirtschaftliches Ausbeutungsgebiet wie auch als politisches Propagandafeld über das Jahr 1925 hinaus wolle. Auch das Verhalten französischer Staatsmänner, nicht zuletzt wiederholte Versicherungen Briands und Tardieu, ließen den Verdacht nicht schwinden, daß die Zulieferungen Briands an Dr. Stresemann, die baldige Rückgliederung des Saargebietes durch direkte deutsch-französische Verhandlungen in die Wege zu leiten, nicht ehrlich waren. Frankreich erweist an der Saar Besitzrechte, die aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen unter allen Umständen abzulehnen sind. So bedauerlich und angebracht ist immer wieder auch von Frankreich behaupteten Befriedigungs- und Verhandlungs-Politik befremdlich die französische Saarlaborage ist, so gibt doch die Erklärung und Haltung der Bevölkerung des Saargebietes volle Gewähr dafür, daß das Saargebiet auch die weiteren harten Besetzungsjahre in Treue besetzen und durch den Abstimmungsbeschluss der Bevölkerung an der Saar unerkümmert und reiflos dem deutschen Vaterland zurückzuführen wird. Die Arbeitskommission beabsichtigt einstimmig folgende Entschließung als Kundgebung der 10. Tagung des Bundes der Saarvereine vorzuschlagen und durch Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin verlesen zu lassen:

„Bei der Feier der Befreiung der Rheinlande von dem Trud fremder Besatzung in Treier gedenken die Befreiten in dieser Treue vereint mit Tausenden ihrer Brüder und Schwestern aus dem Saargebiet der dort fortdauernden Fremdherrschaft. Sie wiederholen, was die Bevölkerung des Saargebietes in einmütigen Kundgebungen fortgesetzt fordert: Unberührte Rückkehr des Saargebietes unter die deutsche Regierung als eine Wiederherstellung begangenen Unrechts. Diesem deutschen Willen des Volkes an der Saar haben sich alle anderen Rücksichten unterzuordnen. Die Menschen an der Saar sind es müde, sich als ein Anhängel wirtschaftlicher Belange behandeln zu lassen. Hand in Hand mit der Rückkehr unter die deutsche Regierung muß der Rückkehr der Gruben durch das Deutsche Reich so vorbehaltlos erfolgen, wie ihn der Verfallener

Vertrag selbst für den Fall der Rückkehr des Landes unter die deutsche Regierung vorzählt. Bei gutem Willen läßt sich auf den Grundlagern der Rückkehr unter die deutsche Regierung und des Rückkehr der Gruben durch das Deutsche Reich eine Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen erreichen, die dem Saargebiet, Deutschland und Frankreich zum Segen gereicht. Einer Wahrung dieser Grundlagern aber zieht das Volk an der Saar das Ausbarren in der freudlich aufgewungenen Fremdherrschaft noch weitere 5 Jahre vor. Dann wird die Volksabstimmung die beschriebene Befreiung bringen, ohne Bedingungen, ohne Bindungen und ohne Vorbehalte.

Die Lage der Deutschen in Bolivien.

Berlin, 6. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Buenos Aires: Die Lage der in Bolivien lebenden Deutschen ist infolge der Volkswut gegen General Kandi heftig geworden. Mitglieder der deutschen Kolonie begaben sich ins Außenministerium und suchten um Schutz für ihre Privat- und Geschäftsbücher nach, da sie Plünderungen befürchteten. Das Ministerium forderte eine Erklärung, daß die deutsche Kolonie von Kandi abtrübe und sich nicht in bolivianische Verhältnisse einmische. Die Erklärung wurde zugestanden. Die Wohnung Kandi wurde von der Volksmenge geplündert. Kandi hält sich weiterhin in der deutschen Gesandtschaft auf; man nimmt an, daß ihm freie Ausreise zugestanden wird.

Völkerbund ehrt Stresemann.

In dem Periode, den der Generalsekretär allen Mitgliedsregierungen über die Tätigkeit des Völkerbundes bei der letzten Versammlung übersandt hat, wird in der Einleitung des Berichtes Dr. Stresemanns gedacht mit den Worten: „Dr. Stresemann hat den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund herbeigeführt. Während seiner letzten Lebensjahre war er der führende Vertreter einer Politik, die eine bessere Verständigung zwischen den Nationen Europas zustande gebracht hat. Seine aufrichtige Vaterlandsliebe, sein eifriges Eintreten für sein Land haben ihn über jeden Verdacht, als habe er die nationalen Interessen einem unklaren Idealismus opfern wollen. Sie haben ihn in den Stand gesetzt, umso stärker und überzeugter für den Gedanken einzutreten, daß die Wohlfahrt eines Landes notwendig mit derjenigen der Gemeinschaft der Nationen verknüpft ist. Sein Tod bedeutet einen schweren Verlust für Deutschland und den Völkerbund.“

Will Frankreich sich einmischen?

Paris, 6. Juli. Die Agentur Havas teilt mit, Außenminister Briand habe mit dem deutschen Votschafter v. Guich über die von der Presse berichteten Zwischenfälle und Störungen der Ordnung gesprochen, die nach dem Abzug der Besatzungstruppen in gewissen Städten des Rheinlands vorgekommen seien. Sie hätten im Gegensatz zu den Vereinbarungen, die die alliierten und deutschen Behörden getroffen hätten, am allen Repressalien gegen die Personen vorzugehen, die zum Besatzungskorps in Beziehungen gestanden hätten. Briand habe andererseits die Konsularbehörden angewiesen, ihn sehr genau über die von der deutschen und französischen Presse gemeldeten Tatsachen zu unterrichten. Wie der Pariser Berichterstatter des B.T.Z. hierzu erzählt, ist in der Tat im Laufe der Unterredung zwischen dem deutschen Votschafter und Außenminister Briand auch über die Übergriffe im genannten Gebiet gesprochen worden und zwar in der Weise, daß Außen-

minister Briand sein Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, daß nach der reibungslosen und korrekten Abwicklung der Räumung nunmehr unliebsame Zwischenfälle stattgefunden hätten, die gerügt seien, die öffentliche Meinung zu erregen. Wie aber die Pariser Presse nachträglich noch zu berichten weiß, soll Briand dem deutschen Votschafter angekündigt haben, daß Frankreich nicht nur die strenge Befragung aller Schuldigen, sondern auch die materielle Entschädigung aller Opfer der Gewalttaten verlangen werde.

Wasser auf die Mühle.

Paris, 6. Juli. Die Separatistenverfolgungen im Rheinland haben in der französischen Öffentlichkeit eine Erregung und Hochspannung hervorgerufen, die kaum überboten werden kann. Die Zeitartikel aller Zeitungen sind diesem Thema gewidmet, und führende Politiker haben die Vorgänge im Rheinland in den Mittelpunkt ihrer politischen Sonntagsgreden gestellt. So nahm auch der Justizminister Veret auf einer Versammlung ehemaliger Kriegsteilnehmer in Valenciennes zu den Ereignissen folgendermaßen Stellung: „Man hätte annehmen können, daß der frühere Feind die französische Loyalität durch eine würdige Haltung gelehrt hätte. Statt dessen haben die deutschen Nationalisten, die allerdings nicht mit der Gesamtheit des ganzen deutschen Volkes zu verwechseln sind, gegen Frankreich manifestiert. Wir wollen diese Dinge zur Kenntnis nehmen und daraus den Schluss ziehen, daß die moralische Abstraktion noch nicht überall eine vollendete Tatsache ist. Die Liquidation der Vergangenheit ist nach 12 Jahren noch nicht vollständig durchgeführt, und die kommenden Geschlechter werden schwere Pflichten zu erfüllen haben, um die Früchte des Sieges zu erhalten. Als wichtigste dieser Pflichten bezeichnen wir den Schutz der französischen Sicherheit, die, abgesehen von dem Völkerbund und dem Schiedsgerichtsvertrag, durch eine genügend starke Armee und wohlbewachte Grenzen gewährleistet werden müsse. Lieber den Stand der französischen Rüstungen trübe der Unterstaatssekretär für Wirtschaft, Francois Bonnet, dem Neffenschein in Vortrag mit, daß die Regierung sich eingehend der gegenwärtigen Lage ihrer Pflichten voll bewußt sei. Die Ergänzung der Waffen- und Rüstungsvorräte vollziehe sich im regelmäßigen Rhythmus, der den Produktionsmöglichkeiten entspreche. Die notwendigen Mittel dafür seien vorhanden. Die Regierung werde niemals außer acht lassen, daß das Land stets für alle Zwischenfälle gewappnet sei. Welcher Art die Zwischenfälle sein können, läßt der „Temps“ in seinem heutigen Zeitartikel erkennen. Das Blatt schildert seinen Lesern die mächtige Organisation der deutschen reaktionären Kräfte, die von den verantwortlichen deutschen Regierungsstellen trag aller zur Verfügung stehenden Mittel nicht gebrochen werden können und die noch nicht auf jede Bedrohungsform verzichtet haben.

Ein amerikanisches Blatt für baldige Räumung des Saargebietes

New York, 6. Juli. In einem „World“-Zeitartikel heißt es: Die nach der Rheinlandräumung verbleibende Saarfrage könne kaum ernsthafte Schwierigkeiten bereiten. Tardieu wüßte, daß die Bevölkerung gut deutsch ist und daß die Forderung eines Volksentscheides daher nur eine Art wäre. Eine baldige freundschaftliche Lösung dieses letzten territorialen Reibungspunktes zwischen den beiden großen Kontinentalmächten sei daher ebenfalls wünschenswert wie möglich.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Die Steuerpflichtigen werden auf den Anschlag am Rathaus betreffend **Wohnsteuer und Feuerwehrrabgabe** hingewiesen. **Kasszreiber Schäfer.**

Zwangsbefreiung.

Am **Mittwoch den 9. Juli 1930**, vormittags 11 Uhr, kommt in **Neuenbürg** öffentlich gegen Barzahlung zur Befreiung: **Ein Auto.** Zusammenkunft am Rathaus in Neuenbürg. Befreiung findet bestimmt statt. **Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.**

Feldrennau.

Der am **Dienstag den 8. Juli ds. Js.** fällige **Bieh- u. Krämermarkt** wird unter nachstehenden Bedingungen abgehalten. **1.** Aus Maul- und Klauenfeuche-, Sperr- und Beobachtungsgebieten darf Vieh nicht zugeführt werden. **2.** Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen. **3.** Vieh aus den benachbarten badischen Bezirken wird zugelassen, wenn bürgermeisteramtliche Ursprungszeugnisse und für Händlervieh bezirkstierärztliche Gesundheitszeugnisse beigebracht werden, woraus die Seuchenfreiheit des Herkunftsortes ersichtlich ist. **Den 3. Juli 1930.** **Schultheißenamt,**

Zwangsbefreiung.

Am **Dienstag den 8. Juli 1930**, vorm. 8 Uhr, verweigere ich in **Neuenbürg** öffentlich gegen Barzahlung: **1 Radioapparat mit 2 Lautsprecher, 1 Klavier** Zusammenkunft am Rathaus. **Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.**

Haus-Verkauf.

Wir verkaufen unser Haus in **Engelsbrand**, mitten im Dorf, mit Laden. Geeignet für Sattler und Tapezier, da keiner im Ort und Umgebung. Sehr günstige Zahlungsbedingungen. Gesf. Anfragen an **Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach.** **Inserate heben den Umsatz!**

Vaihingen a. F., den 5. Juli 1930.



Tieferschüttert geben wir bekannt, daß unser treuer Mitarbeiter

Herr Direktor Robert Schopf

uns heute nach kurzem, schweren Leiden unerwartet rasch durch den Tod entrissen wurde.

Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen überaus tüchtigen und bewährten Mitarbeiter und sehr wertvollen Menschen, dessen Andenken wir allezeit in Ehren halten werden.

Frau Fanny Leicht, Witwe.
Robert Leicht mit Familie.

Gräfenhausen, 7. Juli 1930.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem so schweren Verluste unseres lieben Entschlafenen,

Gottlob Glauner,
Landwirt,

für die treue Pflege der Krankenschwester, sowie für den erhebenden Gesang des Gesangsvereins sprechen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bjorshelm.

Metzger-Behring

Einen kräftigen, gesunden Jungen mit guten Schulzeugnissen nimmt in die Lehre **Gottf. Angele, Metzgermstr.** Nebenstraße 19. **Engenloch.** **Guten** **Apfel-Rost** hat gegen Kassa zu verkaufen **Johs. Kalmbach.** Tel. Altensteig Nr. 95.

„Freundschaft“

Heute Abend **7,9 Uhr** **Singstunde** Schulhaus.

Birkenfeld.

Sebes Quantum **Stachel- und Johannis-Beeren** sind abzugeben. **Dietlingerstraße 52.**

Gefangbücher

zu haben in der **E. Nech'schen Buchhandlung.**